

## Klare Vorteile für B16 Nord

Ergebnis der Umweltverträglichkeitsstudie im Höchstädter Stadtrat vorgestellt

Höchstädt (syla).

Nun sieht es so aus, als ob Dillingen tatsächlich schneller zu einer Umgehung kommen würde als Höchstädt. Jedenfalls stellt sich das für die Höchstädter nach der jüngsten Stadtratssitzung so dar. Das Ergebnis der Umweltverträglichkeitsstudie, die vom beauftragten Gutachter Prof. Dr. Lothar Zettler vorgetragen wurde, zeigt auf, dass eine Nordumfahrung deutlich günstiger im Vergleich zu einer Lösung im Süden ausfallen würde.

Allerdings wollen die Straßenplaner bei der Regierung von Schwaben die nördliche Variante keinesfalls ohne zwei Spangen realisiert sehen, weil sonst die Verkehrsentlastung für die Innenstadt von Höchstädt zu gering und in 15 Jahren sogar noch größer als heute wäre.

Bürgermeisterin Hildegard Wanner hatte zu Beginn der Sitzung im Beisein zahlreicher Fachleute darauf hingewiesen, wie unerträglich die Verkehrssituation für ihre Stadt mittlerweile sei. Leitender Baudirektor Karl Goj von der Regierung von Schwaben ließ die Entwicklung der Planungen für eine B16 neu im Raum Höchstädt zunächst Revue passieren und wies darauf hin, dass das Bürgervotum zwar für die Stadt Höchstädt aber nicht für die Planungsbehörden Richtschnur sein könne. "Unsere Untersuchungen müssen vor Gericht standhalten", erinnerte er. Für die Regierung zählten nur Fakten, so Goj.

Detailliert dargestellt

Prof. Dr. Lothar Zettler stellte das Untersuchungsergebnis der Umweltverträglichkeitsstudie detailliert dar. Man habe die verschiedensten Auswirkungen des Straßenprojektes im Vergleich der beiden nördlichen Varianten zur südlichen genau unter die Lupe genommen. Grundlage sei der rechtsgültige Flächennutzungsplan gewesen. Geprüft worden waren Schutzgüter wie Boden, Wasser, Klima, Luft, Tiere und Pflanzen sowie Kultur- und Sachgüter und letztlich auch die Auswirkungen einer B16 neu auf die Menschen und ihren Lebensraum. Zettler war zu dem Ergebnis gekommen, dass die Südvariante in der Summe gegenüber der nördlichen Varianten mehr Nachteile bringen würden. Allerdings würden sich die beiden notwendigen Spangen zusätzlich auswirken, so der Gutachter.

Aussagen zum Hochwasserschutz

Baurat Stefan Raab vom Wasserwirtschaftsamt Krumbach informierte den Stadtrat über Untersuchungen im Hinblick auf eine mögliche Verbindung des Straßenprojektes mit dem Hochwasserschutz. Bei einem hundertjährigen Hochwasser könnte demnach das alte Überschwemmungsgebiet wieder eintreten. Doch dieses beträfe nicht das heutige Bruckwörthgebiet und auch nicht die Gehöfte oder Sonderheim, erklärte Raab. Alle weiteren Überlegungen für überregionalen Hochwasserschutz weiter im Osten, Richtung Blindheim, seien für die B16 neu nicht relevant, sagte der Baurat vom WWA. Verkehrsgutachter Reiner Neumann, der im Jahr 2004 das neue Verkehrsgutachten in Höchstädt detailliert vorgestellt hatte, wies in der Sitzung erneut darauf hin, dass eine Umgehung im Norden Höchstädts ohne Verbindungsspangen der Innenstadt kaum Entlastung bringen würde. Im Jahr 2020 wäre sogar mit deutlich noch mehr Verkehr in diesem Bereich zu rechnen.

Ergebnisse kommentiert

Karl Goj von der Regierung von Schwaben fasste die Aussagen der Gutachten dahingehend zusammen, dass ein Hochwasserschutz mit der Umfahrung im Süden Höchstädts nicht gewährleistet werden könne. Die Umweltverträglichkeitsstudie zeige eindeutig, dass eine Nordumfahrung der Stadt deutlich günstiger wäre als eine Lösung im Süden. Bei der verkehrlichen Wirksamkeit nannte Goj die Südumfahrung als die Variante mit den größten Vorteilen. Die Nordvariante sei allerdings nur mit den beiden Spangen "vermittelbar". In diesem Zusammenhang machte der Baurat auch klar, dass nun die neu ins Spiel gekommene Lösungsmöglichkeit, die der Bund Naturschutz vorschläge, ebenfalls noch geprüft werden müsse. Möglicherweise wäre diese zu realisieren, wenn sie von den Kosten einigermaßen einer Nordvariante plus Spangen das Wasser reichen könnte. Die Machbarkeit müsse jedoch erst sorgfältig abgewogen werden.

Vor diesen neuen Aspekten sieht der leitende Baudirektor die B16 neu im Dillinger Bereich in greifbarere Nähe rücken. Hier sei jedoch auch erst zu klären, ob der Bund die Steinheimer Spange bezahle. Sorgen von Bürgermeisterin Wanner, dass dann Höchstädt noch lange Zeit zu keiner Straße kommen werde, versuchte Goj zu zerstreuen. "Vielleicht gibt der vorzeitige Start in Dillingen den Höchstädtern sogar Rückenwind", meinte der Vertreter der Regierung von Schwaben.

Bei der anschließenden Diskussion mit den Stadträten hörten die Gutachter deutliche Kritik.

Rudi Waschke sprach von "hinausgeworfenem Geld" wegen des langen Zeitraumes, in dem die B16 neu nun hin und her beraten werde. Man habe irgendwie das Vertrauen in die Gutachter verloren, stellte er fest. Der von Waschke vermutete Paradigmenwechsel sei nicht vorgenommen, sondern man versuche vielmehr, nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden, antwortete Karl Goj von der Regierung. Schließlich müsse alles einem Gerichtsverfahren standhalten, erinnerte er den Stadtrat. In Höchstädt gebe es eben eine "komplexe Gemengelage". Stadtrat Hans Mesch wunderte sich nicht, dass nun Dillingen im Hinblick auf die B16 von Höchstädt wohl abgekoppelt werde. Man sei in Höchstädt wohl jetzt von einer Lösung "meilenweit" entfernt. Heribert Zengerle appellierte, vorauszudenken und nicht mehr in der Vergangenheit zu verharren. Jakob Kehrle bedauerte, dass der Bürgerentscheid, so, wie es jetzt aussehe, wohl keine Rolle mehr spiele.

Bürgermeisterin Wanner gab ihrer Hoffnung Ausdruck, dass der Stadtrat weiterhin geschlossen vorgehe und die Behörden möglichst schnell die ausstehenden Untersuchungen durchführen.